



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Die Haltung der EU zu und ihr Umgang mit Donald Trump wird weiterhin kritisch gesehen. Befürchtungen werden laut, Europa selbst entwickle sich zu einer „Gerontokratie“, dem Kontinent drohe eine demografische Krise und es verliere zunehmend an wirtschaftlicher und auch geopolitischer Bedeutung.
- › Die Debatte über eine Rückkehr zur Wehrpflicht dauert an, da ein freiwilliger Wehrdienst nicht ausreicht, um die Personalprobleme der Bundeswehr zu lösen. Die Armee muss dringend gestärkt werden, um Verteidigungsfähigkeit und damit auch Abschreckung zu demonstrieren. Zudem wird die Frage aufgeworfen, ob nicht auch Frauen einberufen werden sollen.
- › Die politische Mitte bedarf der Unterstützung, da sie sowohl von rechts wie auch von links unter Druck gerät und die Gefahr einer Polarisierung immer weiter anwächst. Kompromisse mit Extremisten können zu einer schleichenden Erosion der Demokratie führen. Gefordert wird ein beherztes Angehen der Probleme, die die Bürger in Europa verunsichern, um das Feld nicht Extremisten zu überlassen, die scheinbar einfache Lösungen anbieten.
- › Kulturkämpfe, die jegliche Diskussions- oder Kompromissbereitschaft fehlen lassen, nehmen zu. Die Gesellschaft ist durch Untergangsszenarien verunsichert. Mehr Zuversicht und rationales Handeln werden gefordert zur Problemlösung.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Die Rolle Europas in der Welt.....	2
In der Debatte: Sicherheitspolitik – Wehrpflicht	4
In der Debatte: Die politische Mitte.....	7
In der Debatte: Gesellschaftspolitik.....	11
Rezensionen	14
Impressum.....	19

In der Debatte: Die Rolle Europas in der Welt

Martin Sandbu setzt sich in der *Financial Times*¹ kritisch mit der Tatsache auseinander, wie europäische Politiker mit Donald Trump umgehen und sich dabei auch bewusst seinem Politikstil annähern würden. Die Bereitschaft, Trumps Verhalten zu akzeptieren – beispielsweise seine Wutanfälle, sein Mobbing und seine Inszenierung von Politik als Show – führe zur Normalisierung dieses Auftretens auf internationaler Ebene. Man versuche den Eindruck zu vermitteln, man handle pragmatisch, schade sich dabei aber nur selbst. Dadurch habe Europa politisches Kapital verspielt, das es nutzen könnte, um eine regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen und sich gemeinsam mit amerikanischen Verbündeten gegen Trump zu stellen: „Most importantly, Europe is risking its political soul. It has put itself in a situation in which leaders cannot say publicly what they are actually trying to do. That is a recipe for distrust and a poison for democracy – and European liberal democracy in particular. How can voters endorse policies whose true nature cannot be admitted publicly (such as the promises to Trump not being real)?“

Dominik Pietzcker mahnt bei *cicero.de*², es sei höchste Zeit, dass die Staaten Europas sich einer „realistische[n] Selbsteinschätzung“ unterzögen. Obwohl das Volk der eigentliche Souverän sei, würden viele die Politik einfach den Repräsentanten überlassen und dies mit fatalen Folgen wie Staatsverschuldung, Verteidigungsschwäche und gesellschaftliche Spaltung. Diese Abhängigkeit von den USA, denen gegenüber Europa sich „unterwürfig“ zeige, führe zu einem geopolitischen Bedeutungsverlust und mangelndem Respekt, die Beziehung erinnere fast schon an „Schutzgelderpressung“. Europas politische Führung wirke schwach und irrelevant, was langfristig gefährliche Folgen für die globale Stellung des Kontinents haben könne. Statt selbstbewusst aufzutreten, zögen sich europäische Staaten zurück, vermieden Konflikte und überließen anderen die Führung. Ihre Rolle beschränke sich oft auf das Bezahlen der Kosten fremder Kriege – etwa in der Ukraine – oder auf diplomatische Statistenrollen. Europa stehe im Schatten der drei globalen Mächte USA, China und Russland. Gegenüber den USA wirke es wie ein Vasall, gegenüber China ratlos, und gegenüber Russland feindlich. Um einen Rest Souveränität zu bewahren, müsse Europa seine Außenpolitik neu ausrichten: „Wir alle leben in einer Neuen Welt der Condottieri, wo Großmächte (ohne sich um Verträge und Vereinbarungen zu kümmern) ihre Interessen brachial durchsetzen, bis Widerstand ihnen selbst gefährlich wird. Man kann es grobschlächtig das Recht des Stärkeren nennen und auf einer ‚regelbasierten Ordnung‘ beharren, dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass diese Regeln von den mächtigsten Playern längst nicht mehr eingehalten werden. Oder nur so lange, wie sie zu

¹ Martin Sandbu, Europe is selling its soul to Trump, *Financial Times*, 25.8.2025. [„Vor allem aber riskiert Europa seine politische Seele. Es hat sich in eine Situation gebracht, in der die Staats- und Regierungschefs nicht öffentlich sagen können, was sie eigentlich wollen. Das führt zu Misstrauen und ist Gift für die Demokratie – und insbesondere für die liberale Demokratie Europas. Wie können Wähler Politik unterstützen, deren wahre Natur nicht öffentlich zugegeben werden kann (wie etwa die Tatsache, dass die Versprechen an Trump nicht eingehalten werden)?“]

² Dominik Pietzcker, Sollte Europa mächtiger oder bescheidener werden?, *cicero.de*, 31.8.2025.

ihren eigenen Gunsten ausgelegt werden können. Das Nachsehen haben die mittleren Mächte Europas. Geplagt von den Phantomschmerzen vergangener imperialer Größe, können sie im Machtkonzert des 21. Jahrhunderts einfach nicht mehr mithalten.“

Im *Wall Street Journal*³ führen David Luhnnow und Tom Fairless aus, warum Europa aus dem Tritt geraten sei, und Gefahr laufe, nur noch ein Dasein am Rand des Weltgeschehens zu fristen. Europa, insbesondere Westeuropa, fühle sich orientierungslos, ein alternder Kontinent, der zunehmend an politischem und militärischem Einfluss verliere. Das Wirtschaftswachstum in Europa stagniere seit Jahren, dadurch bestünde die Gefahr, dass die Wohlfahrtsstaaten, die die Hälfte der weltweiten Sozialausgaben tragen würden, durch die alternde Bevölkerung zunehmend unter Druck gerieten. Das Wirtschaftswachstum werde zusätzlich beeinträchtigt, weil die meisten Staaten Ausgabenkürzungen zugunsten höherer Steuern vermieden. Neben den Steuern sei auch die Zahl der gesetzlichen Regulierungen immer weiter angestiegen, was die Wirtschaft zusätzlich hemme. Dieser wirtschaftliche Niedergang gehe mit einem Rückgang der militärischen Stärke einher. Der Anteil des Kontinents an der weltweiten Militärmacht sei auf dem niedrigsten Stand seit dem Mittelalter, nachdem man sich jahrzehntlang auf Sozialausgaben statt auf Verteidigung konzentriert habe. Trotz aller wortreichen Versprechungen falle der Ausbau der Verteidigungskapazitäten schwer. Die Folge sei ein deutlicher Verlust an geopolitischem Einfluss, was sich in der Rolle der europäischen Staats- und Regierungschefs zeige, die bei den Ukraine-Friedensgesprächen zwischen den USA und Russland nur eine unterstützende Rolle spielten, obwohl der Krieg vor der Haustür der EU tobe. Eine mögliche Lösung wäre die gezielte Einwanderung junger, qualifizierter Arbeitskräfte. Allerdings gelinge es Europa bislang besser, gering qualifizierte Asylbewerber aufzunehmen als hochqualifizierte Fachkräfte anzuwerben. Gleichzeitig wachse der politische Widerstand gegen Einwanderung, in mehreren Ländern seien rechtsextreme oder migrationskritische Parteien bereits an der Regierung beteiligt oder führten die Umfragen an. Auch wenn es einigen Staaten – wie etwa Schweden – gelinge, die Kosten für den Wohlfahrtsstaat zurückzufahren und so das Wachstum anzukurbeln, hätten die meisten Staaten Angst davor, da ihre Bürger dazu neigten, diejenigen Parteien zu wählen, von denen sie glaubten, dass sie ihnen den Status quo sicherten und den Sozialstaat weiter ausbauten: „British historian Andrew Roberts gives Europe a one in five chance of acting to head off a crisis. ‚Things were pretty rotten in the 1970s, and then we got Reagan and Thatcher and things turned around‘, he said. ‚But it requires will and guts and the ability to tell people they can’t have free stuff, and there’s not anyone saying much of that at the moment.“

„Europa betreibt sowohl politisch wie auch finanziell Raubbau an der Zukunft“ konstatiert Krzysztof Tyszka-Drozdowski in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴ und weist darauf hin, dass Europa vor einer tiefgreifenden demografischen Herausforderung stehe. Die Bevölkerung altere rapide, viele Staaten seien bereits zu „Gerontokratien“ geworden. Jeder vierte EU-Bürger sei im Rentenalter, was nicht nur die politische Dynamik verändere, sondern auch die Fähigkeit zur geopolitischen Einflussnahme einschränke. Das europäische Sozialmodell gerate unter Druck, da die finanzielle Belastung durch Renten und soziale Leistungen ansteige, die Geburtenraten seien im Sinken begriffen. Gleichzeitig seien im Lauf der Jahre die Verteidigungsausgaben massiv reduziert worden und Europa habe sich sicherheitspolitisch immer mehr auf die USA verlassen. Die Diskrepanz zwischen strategischer Rhetorik und realer Handlungsfähigkeit zeige sich besonders auffällig in Frankreich: „Rhetorisch stimmt Paris immer wieder das Hohelied der strategischen Autonomie an. Die Fakten zeichnen ein ganz anderes Bild. Was immer

³ David Luhnnow/Tom Fairless, Europe Is Losing, *The Wall Street Journal*, 22.8.2025. [„Der britische Historiker Andrew Roberts schätzt die Chancen Europas, eine Krise abzuwenden, auf eins zu fünf. ‚In den 1970er Jahren war die Lage ziemlich schlecht, aber dann kamen Reagan und Thatcher, und die Wende kam‘, sagte er. ‚Aber es erfordert Willen und Mut und die Fähigkeit, den Menschen klarzumachen, dass es nichts umsonst gibt, und davon gibt es derzeit kaum jemanden.“]

⁴ Krzysztof Tyszka-Drozdowski, Das Abendland endet als Gerontokratie, *NZZ*, 10.9.2025.

Emmanuel Macron sich einbilden mag, wir leben nicht im Europa seiner Vorstellung. Viel näher an der Realität ist die Einschätzung, dass sich der ‚europäische Lebensstil‘ nur bewahren lässt, wenn die Ausgaben für Renten und Co. zurückgeschraubt werden.“ Die wachsende Unzufriedenheit der jungen, produktiven Bevölkerung richte sich gegen die „Gerontokratie“ Europas, die das Versprechen eines besseren Lebens für die nächste Generation nicht mehr einlösen könne. Zwei demografische Trends – das Altern der Gesellschaft und die Folgen der Migrationspolitik – setzten junge Menschen unter Druck. Viele fühlten sich politisch machtlos und zögen daher autoritäre Lösungen in Betracht. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, brauche Europa eine politische Kehrtwende: „Überarbeitung des Rentensystems, Steuerung der Einwanderung, Aufnahme nur derjenigen, die die Wirtschaft stärken, hartes Vorgehen gegen Sozialbetrug. Allerdings werden Kürzungen allein nicht reichen. Europa braucht schlicht mehr Wachstum.“

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵ setzt sich *Andreas Rödder* mit den Gefahren auseinander, die er für die liberale Demokratie sieht und weist daraufhin, dass der Begriff „liberal“ in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Konnotationen haben könne. Nach dem Ende des Kalten Krieges habe der Westen zwei zentrale Irrtümer begangen. Zum einen habe man übersehen, dass der ideologische Konflikt zwischen Ost und West weiterbestehe, in einer neuen Form. Zum anderen habe man geglaubt, die westliche Ordnung würde sich global durchsetzen, ganz im Sinne der „Ende der Geschichte“-Erzählung. Dabei sei ignoriert worden, dass Russland diese neue Weltordnung nie akzeptiert habe. Schon Gorbatschow habe die westliche Interpretation des Wandels abgelehnt, für Putin aber sei der Zusammenbruch der Sowjetunion einer geopolitischen Katastrophe gleichgekommen. Die Reaktion des Westens, mit Demokratieexport zu reagieren als Reaktion auf den Mythos vom „Ende der Geschichte“ habe zu einer „Überdehnung der liberalen Demokratie“ geführt. Dabei müsse man auch berücksichtigen, dass der Westen sich nach 1990 vor ein Dilemma gestellt sah. Einerseits habe er versucht, die Sicherheitsbedürfnisse der postkommunistischen Staaten zu erfüllen, die sich von Russland abgrenzen wollten, gleichzeitig aber auch Russlands Großmachtansprüche zu berücksichtigen. Dieses Spannungsfeld sei nicht lösbar gewesen. Die EU- und NATO-Erweiterung in Richtung Osten gelte als Erfolgsgeschichte, denn sie habe Demokratie, Wohlstand und Sicherheit mit sich gebracht. Doch der Preis dafür werde von den Staaten in der geopolitischen „Grauzone“ gezahlt, allen voran der Ukraine. Für den europäischen Kontinent bestehe durchaus noch Hoffnung, historisch betrachtet seien politische Entwicklungen oft weniger festgelegt, als sie erscheinen würden, so wie Großbritannien 1938, das – trotz anfänglicher Schwäche – den Zweiten Weltkrieg gewann. Wandel sei immer möglich, wenn der politische Wille da sei.

In der Debatte: Sicherheitspolitik – Wehrpflicht

In der *Financial Times*⁶ macht sich der vormalige NATO-Generalsekretär *Anders Fogh Rasmussen* mit Blick auf die Ukraine Gedanken über eine künftige europäische Sicherheitsstrategie, die seiner Ansicht nach auf drei Säulen basieren und schon vorab, und nicht als Teil eines Friedensabkommens, etabliert werden sollte. Eine zentrale Maßnahme sei die Stärkung der ukrainischen Verteidigung. Das aktuelle NATO-Abkommen zum Kauf amerikanischer Waffen für die Ukraine sei ein Anfang, aber keine langfristige Lösung. Stattdessen sollte Europa direkt in die ukrainische Rüstungsindustrie investieren, die kostengünstiger und effizienter produziere. Zudem sollte die europäische Industrie strategische Partnerschaften mit ukrainischen

⁵ Rico Bandle, „Die Demokratie wird überspannt“. Fragen an den Historiker Andreas Rödder, NZZ, 2.9.2025.

⁶ Anders Fogh Rasmussen, A European deterrence force is a prerequisite for peace in Ukraine, Financial Times, 2.9.2025.

Unternehmen eingehen, die kampferprobte Spitzentechnologie anbieten würden. So könnte Europa seine sicherheitspolitische Rolle stärken und gleichzeitig die Ukraine nachhaltig unterstützen. Des Weiteren müsse Europa ein eigenes Kommandoformat für seine Abschreckungsstreitkräfte entwickeln, um sicherheitspolitisch handlungsfähig zu bleiben. Auch wenn die USA unter Trump keine Bodentruppen stellen wollten, könnte die bestehende NATO-Struktur weiterhin genutzt werden. Ein europäisch geführter Einsatz wäre möglich, etwa durch den britischen stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber. Ein funktionierendes Modell existiere bereits mit der verstärkten Vorwärtspräsenz der NATO in Polen und dem Baltikum. Diese Kräfte könnten durch Soldaten aus über 30 Ländern ergänzt werden, die bilaterale Sicherheitsabkommen mit der Ukraine unterzeichnet haben, basierend auf dem Kiewer Sicherheitspakt von 2022. Damit würde Europa sicherheitspolitisch eigenständiger und strategisch besser aufgestellt. Die USA könnten zudem künftig drei kosteneffiziente Positionen in einer europäisch geführten Abschreckungsstrategie übernehmen: Transport, Aufklärung und Luftverteidigung. Da Europa nicht über die nötige Logistik- und Transportkapazität verfüge, bleibe amerikanische Unterstützung in diesem Bereich essenziell. Auch die Qualität und Reichweite der US-Geheimdienste seien für Europa nicht ersetzbar. Ein Informationsaustausch mit Washington – besonders nach einem möglichen Friedensabkommen – wäre eine günstige Möglichkeit für die USA, Europas Verteidigungsfähigkeit zu stärken. So ließe sich eine effektive Sicherheitsarchitektur aufbauen, bei der Europa mehr Verantwortung übernehme, aber weiterhin auf gezielte US-Unterstützung angewiesen bleibe.

Die Wehrpflicht sei wieder Thema in der politischen Diskussion geworden, stellt *Isabel Knippel* in der *FAZ*⁷ fest. Sowohl der Bundesminister der Verteidigung wie auch der Koalitionsvertrag forderten eine Stärkung der Bundeswehr. Während auf konservativer Seite Zustimmung laut werde, herrsche in „progressiven Milieus“ Skepsis vor, aus Angst vor Militarismus und rechter Ideologie. Dabei brauche es gerade in diesen Zeiten „mehr Demokraten in Uniform“. Eine neue, moderne Form der Wehrpflicht – verpflichtend für alle Geschlechter und auch jenseits des Waffendienstes – könne zudem helfen, die Bundeswehr zu einem „Spiegel einer offenen, humanen Gesellschaft“ zu machen. Die Armee leiste nicht nur militärische, sondern auch humanitäre Hilfe. Gemeinsamer Dienst fördere Teamgeist, soziale Kompetenz sowie gegenseitiges Verständnis und könne damit ein möglicher Beitrag gegen gesellschaftliche Spaltung und den Aufstieg der AfD sein.

Die Wehrpflicht sei kein Wesensmerkmal der Demokratie, vielmehr entscheide die Demokratie selbst über die geeignete Form der Verteidigung, konstatiert *Joachim Käppner* in der *Süddeutschen Zeitung*⁸. 2011 sei eine Abschaffung der Wehrpflicht sinnvoll erschienen, doch die geopolitische Lage habe sich durch den Krieg in der Ukraine und Putins Neoimperialismus drastisch verändert. Friedrich Merz verfolge das Ziel, die Abschreckungsfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen, auch um die USA im westlichen Bündnis zu halten. Allerdings bringe mehr Geld allein nichts, wenn es an Personal fehle. Das neue Wehrdienstgesetz setze auf Freiwilligkeit, was vermutlich nicht ausreichen werde. Zwar fehlten Strukturen für eine vollständige Rückkehr zur Wehrpflicht, doch das Ziel von 80.000 zusätzlichen Soldaten wäre auch mit einem teilweisen Pflichtdienst erreichbar. In Zeiten realer Bedrohung sollte die Wehrform daher nicht ideologisch, sondern pragmatisch diskutiert werden. Ein allgemeines Dienstjahr für Männer und Frauen – mit Wahl zwischen sozialem Dienst und Bundeswehr – könne eine durchaus sinnvolle Lösung sein, ganz im Geist des Reformers Scharnhorst.

Auch wenn im derzeitigen Bundestag die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine Ausdehnung Wehrpflicht auch auf Frauen nicht vorhanden sei, so sollte das Bundesministerium

⁷ Isabel Knippel, Der beste Weg, *FAZ*, 24.8.2025.

⁸ Joachim Käppner, Bonsai-Wehrdienst, *SZ*, 28.8.2025.

der Verteidigung dies in seinen künftigen Planungen keinesfalls ausschließen, fordert *Thomas Jansen* in der *FAZ*⁹.

In der *Süddeutschen Zeitung*¹⁰ macht *Gunnar Herrmann* deutlich, dass auch die ältere Generation die Pflicht habe, sich im Kriegsfall an der Landesverteidigung zu beteiligen, da dies nicht nur an die Jüngeren delegiert werden könne. Im Ernstfall müssten laut Gesetz alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren dienen, auch jene, die bisher keinen Wehrdienst geleistet oder Zivildienst absolviert hätten. In Schweden gelte eine Dienstpflicht für Männer und Frauen bis 70 Jahre, in Deutschland wäre das für Frauen nur mit Grundgesetzänderung möglich. Eine Ausweitung der Wehrpflicht auf Ältere – bis zum Rentenalter – könnte die Bundeswehr entlasten und somit das Bewusstsein stärken, dass Landesverteidigung alle Generationen betreffe.

Die Rückkehr zur Wehrpflicht werde von manchen zu Unrecht als Lösung für die Personalprobleme der Bundeswehr gesehen, merkt *Peter Dausend* in der *Zeit*¹¹ an. Der Wehrdienst, egal ob freiwillig oder verpflichtend, diene jedoch primär der Ausbildung von Reservisten und nicht dem Aufbau einer Berufsarmee. Um ausreichend Personal zu gewinnen, braucht es zwei Dinge: Zum einen müsse die Attraktivität des Soldatenberufs gestärkt werden, bessere Bezahlung und Ausstattung seien entscheidend. Zum anderen müsse dringend ein sicherheitspolitisches Umdenken in der Gesellschaft erfolgen, die Bürger müssten sich bewusst machen, dass der Frieden nicht allein durch eine pazifistische Gesinnung gesichert werde, sondern durch Wehrhaftigkeit. Eine starke Bundeswehr wirke abschreckend und schütze vor Konflikten.

In der *FAZ*¹² macht *Berthold Kohler* darauf aufmerksam, dass der Entwurf zur Reform des Wehrdienstes weiterhin auf Freiwilligkeit setze, was nicht ausreiche, um deutlich mehr Menschen für die Bundeswehr zu gewinnen und somit die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Die Koalition scheine jedoch zu glauben, noch Zeit für Reformen zu haben. Ohne eine echte Wehrpflicht werde die Bundeswehr aber kaum zur stärksten Armee Europas werden, wie vom Kanzler gefordert.

Die Bundesregierung müsse beweisen, dass sie mehr als symbolische Politik betreibe und die Bundeswehr tatsächlich schnell und wirksam stärken werde, fordert *Frank Specht* im *Handelsblatt*¹³. Die Uneinigkeit zwischen Außen- und Verteidigungsministerium beim Gesetzespaket zum Wehrdienst zeige mangelnde Geschlossenheit. Die Unklarheit über mögliche Pflichtdienste im Wehrdienst schwäche die Glaubwürdigkeit. Personelle und materielle Defizite der Bundeswehr blieben bestehen, trotz Fortschritte in einzelnen Bereichen. Lieferverzögerungen bei Rüstungsgütern und fehlende Bestellungen gefährdeten weiterhin die Verteidigungsfähigkeit: „Die Bundeswehr personell und materiell in kürzester Zeit verteidigungsfähig zu machen – daran wird sich die Bundesregierung messen lassen müssen.“

Im *Spiegel*¹⁴ merkt *Thomas Hofmann* an, die Universitäten müssten endlich aufhören, sich hinter der „falsch verstandenen Zivilklausel“ zu verstecken. Angesichts der zunehmenden Bedrohung sei diese Haltung als naiv und fern der Realität anzusehen. Dual-Use-Forschung mit zivilen und militärischen Anwendungsmöglichkeiten – etwa in Bereichen wie KI, Robotik, Raumfahrt, Materialwissenschaften und Medizintechnik – sollte nicht tabuisiert, sondern aktiv genutzt werden, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Hochschulen sollten

⁹ Thomas Jansen, Frauen an die Waffe, *FAZ*, 1.9.2025.

¹⁰ Gunnar Herrmann, Alte. Dienen. Deutschland, *SZ*, 2.9.2025.

¹¹ Peter Dausend, Nur die Einstellung zählt, *Die Zeit*, 28.8.2025.

¹² Berthold Kohler, Verlorene Zeit bei der Wehrpflicht, *FAZ*, 27.8.2025.

¹³ Frank Specht, Symbolpolitik allein reicht nicht, *Handelsblatt*, 28.8.2025.

¹⁴ Thomas Hofmann, Falsche Neutralität, *Der Spiegel*, 5.9.2025.

ihre Verantwortung für den Schutz der freiheitlich-demokratische Grundordnung wahrnehmen und sich nicht aus sicherheitsrelevanter Forschung zurückziehen. Wissenschaftsfreiheit bedeute auch die Freiheit, sich für die Verteidigung des Landes zu engagieren.

In der *Welt*¹⁵ setzt sich *Eric Kirschbaum* mit der seiner Ansicht nach zu zögerlichen Haltung Deutschlands gegenüber einer möglichen Beteiligung an einer internationalen Friedenstruppe in der Ukraine auseinander. Während viele europäische Länder wie etwa Schweden, Litauen, Frankreich oder das Vereinigte Königreich ihre Bereitschaft signalisiert hätten, Truppen zur Friedenssicherung zu entsenden, verweise Deutschland auf Überforderung, historische Verantwortung oder politische Zurückhaltung. Statt Führungsverantwortung zu übernehmen, stelle sich Deutschland selbst ins Abseits, obwohl es als eines der wichtigsten NATO-Länder in Europa eine zentrale Rolle spielen könnte und sollte. Die Zurückhaltung sei gefährlich für die Friedensperspektive in der Ukraine, da sie ein negatives Signal an andere Länder und an Moskau sende. Wenn Berlin sich weiterhin verweigere, könne das Vertrauen in Deutschlands Rolle als verlässlicher Partner und Friedensgarant langfristig Schaden nehmen. Donald Trump habe möglicherweise angenommen, Deutschland würde selbstverständlich teilnehmen, was die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität besonders deutlich mache.

Mit Blick auf die Diskussion über den Einsatz deutscher Soldaten zur Friedenssicherung in der Ukraine konstatiert *Claudia Major* im *Handelsblatt*¹⁶, das Argument, Deutschland könne dies aus historischer Verantwortung gegenüber Russland nicht leisten, sei eine Ausrede, um sich militärischer Verantwortung zu entziehen und verkenne die eigentliche historische Verantwortung Deutschlands. Diese gelte nicht nur gegenüber Russland, sondern auch gegenüber allen ehemaligen Sowjetrepubliken, insbesondere der Ukraine, Belarus und dem Baltikum, die ebenfalls unter dem deutschen Vernichtungskrieg gelitten hätten. Wer fordere, dass deutsche Soldaten aus historischen Gründen nicht gegen russische Soldaten kämpfen dürften, ignoriere die Verantwortung gegenüber anderen Opfern der NS-Zeit sowie die aktuelle Bedrohung durch Russland. Diese Argumentation impliziere, dass Deutschland sich aus der NATO zurückziehen müsste, was die Sicherheit Europas gefährden würde. Deutschland sollte zeigen, dass es aus der Geschichte gelernt habe, indem es die Ukraine unterstütze und nicht dem Aggressor Russland nachgebe. Ein Rückzug aus der Verantwortung wäre das Gegenteil von historischer Verantwortung und käme einem gefährlichen deutschen Sonderweg gleich.

In der Debatte: Die politische Mitte

Mark Speich, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, erläutert in der *FAZ*¹⁷, dass eine selbstbewusste, differenzierte und ethisch fundierte Mitte-rechts-Position zur Widerstandsfähigkeit der Demokratie beitragen könne und auch künftig gebraucht werde. Die Tatsache, dass die politische Mitte aus CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei der letzten Bundestagswahl ihre Zweidrittelmehrheit verloren habe, erschwere nun Verfassungsänderungen sowie Richterwahlen und zwingen zu einer breiten Koalition, die eine „erhebliche Kompromissbereitschaft“ erfordere. Eine politische Mitte ohne Konturen aber sei angreifbar durch die extremen Elemente am Rande des Parteienspektrums. Daher brauche eine stabile Mitte auch erkennbare Unterschiede, wobei die klassischen Kategorien „rechts“ und „links“ weiterhin hilfreich zur Orientierung sein könnten. Mitte-rechts, traditionell CDU/CSU, biete ein politisches Angebot, das sich vom Mitte-links (SPD, Grüne) unterscheide. Die FDP stehe hier zwischen den Lagern, mit einem liberalen Flügel eher Mitte-links und einem wirtschaftsliberalen

¹⁵ Eric Kirschbaum, Wer mit am Tisch sitzen will, muss auch Soldaten schicken, *Die Welt*, 22.8.2025.

¹⁶ Claudia Major, Deutsche Geschichte sollte keine Ausrede sein, *Handelsblatt*, 4.9.2025.

¹⁷ Mark Speich, Warum Mitte-rechts gebraucht wird, *FAZ*, 4.9.2025.

Flügel eher Mitte-rechts. Die Union als Vertreter von Mitte-rechts stütze sich auf ein christliches Menschenbild, das sowohl liberale als auch konservative Elemente in sich vereine. Dieses Menschenbild biete eine ethische Grundlage für politische Entscheidungen, ohne in „paternalistische Hybris“ zu verfallen. Eine neue Entwicklung aber bereite Sorgen, denn es gebe Tendenzen, Mitte-rechts aus der politischen Mitte herauszufiltern, etwa durch pauschale „gegen rechts“-Kampagnen. Diese Entwicklung aber verenge das politische Spektrum und gefährde die demokratische Vielfalt, da es die Mitte jetzt von den Rändern her bestimme: „Für die Widerstandsfähigkeit der politischen Mitte wäre eine solche Verkleinerung des Spektrums fatal. Und mit den Unionsparteien wären auch signifikante Teile der Gesellschaft aus der Mitte gedrängt. Diese breite, politisch pluralistische Mitte hat aber gerade zum Erfolg unseres Landes und seiner Demokratie entscheidend beigetragen.“

Alex Massie merkt in der *Times*¹⁸ an, viele der Probleme, die Großbritannien zu schaffen machten, seien auch im Rest der westlichen Welt zu spüren. Man gewinne den Eindruck, die Nachkriegsordnung, gegründet auf dem Fundament der liberalen Demokratie, löse sich immer weiter auf. Die demografische Krise drohe, Europa zu einem Pflegeheim werden zu lassen, immer weniger Arbeitnehmer müssten eine immer größere nichterwerbstätige Bevölkerung unterstützen, die Kosten für Sozialausgaben stiegen immer weiter an. Lösungen zeichneten sich nicht ab, Einwanderung könne den Staaten zwar neues Leben einhauchen, aber Massenmigration erweise sich überall als toxisch. Paradoxe Weise könne der größte Erfolg der liberalen Demokratie, ihre Fähigkeit, Kompromisse zu organisieren und Macht zu kontrollieren, auch zu ihrem Verhängnis werden. Wenn Ausgleich und Kontrolle übertrieben würden, könnten sie die politische Handlungsfähigkeit und Innovationen ersticken. Jeder bekomme zwar einen Teil dessen, was er wolle, aber nie alles, und zu viel Kompromissbereitschaft könne letztlich lähmend wirken. In vielen europäischen Ländern würden daher Parteien an Zulauf gewinnen, die einfache und entschlossene Lösungen versprächen, während die politische Mitte an Einfluss verliere. Die Anziehungskraft extremer Positionen sei nachvollziehbar, auch wenn ihre Lösungen fragwürdig seien. Alte, überwunden geglaubte Ideologien wie Hitlerismus und Stalinismus tauchten wieder auf, teils aus Provokation, teils mit ernsterem Hintergrund. Auch die internationalen Institutionen dieses Nachkriegskonsenses zerfielen. Die Vereinten Nationen seien kaputt, im Westen lösten sich alte Bündnisse auf, ohne dass sich abzeichne, was sie ersetzen könne. Amerikas schwindendes Engagement für die europäische Sicherheit, ein Verlust, der auch nach Trumps Abgang anhalten werde, deute ebenfalls auf ein Kapitel hin, das zu Ende gehe. In gewisser Weise sei dies eine heilsame Erfahrung, da sie die Kluft zwischen europäischen Ansprüchen und der Realität in Europa erneut offenlege: „Francis Fukuyama, a thinker as misunderstood as King Canute, was right to reckon that liberalism was a development beyond which no further progress would be made. What follows is not guaranteed to be better and already, in fact, looks like something worse.“

Der Westen verliere seine Deutungshoheit merkt *Daniel Stelter* im *Handelsblatt*¹⁹ an und er hält deshalb den Liberalismus als westliches Exportmodell für gescheitert. Die Dominanz westlicher Werte schwinde in einer multipolaren Welt, in der Länder wie China, Russland und andere BRICS-Staaten eigene, oft antiliberaler Wege gingen. Dazu müsse festgehalten werden, dass die BRICS-Staaten im Wettbewerb der Systeme wirtschaftlich und militärisch an Bedeutung gewonnen hätten, der Westen dagegen an Innovationskraft und gesellschaftlichem Zusammenhalt verloren habe. Die Prinzipien des Liberalismus – offene Märkte, maximaler Minderheitenschutz, Wettbewerb als Selbstzweck – seien global kaum durchsetzbar und führten

¹⁸ Alex Massie, Western liberalism is slowly turning rotten, *The Times*, 22.9.2025. [„Francis Fukuyama, ein Denker, der so missverstanden wurde wie König Knut, hatte Recht, als er meinte, der Liberalismus sei eine Entwicklung, jenseits derer es keinen weiteren Fortschritt mehr geben würde. Was folgt, ist nicht garantiert besser und sieht in der Tat bereits nach etwas Schlechterem aus.“]

¹⁹ Daniel Stelter, Liberalismus am Abgrund, *Handelsblatt*, 8.9.2025.

im Westen außerdem zu Problemen wie Deindustrialisierung, Leistungsabkehr, demografischen Krisen und sozialer Fragmentierung, da die Säulen, auf denen Wirtschaft und Gesellschaft ruhten, nicht mehr tragfähig seien. Der Westen müsse daher dringend alte Gewissheiten hinterfragen und sich auf tragfähige Lösungen konzentrieren. Es brauche eine Rückbesinnung auf vorliberale Traditionen als pragmatische Antwort auf neue Herausforderungen. Vor allem in Deutschland seien Reformen im Bildungswesen, bei Infrastruktur und Verteidigung notwendig. Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, müsse wirtschaftliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit oberste Priorität haben.

Im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*²⁰ betrachtet Peter R. Neumann, mit Richard C. Schneider Autor des Buchs „Das Sterben der Demokratie“, die Strategien rechtspopulistischer Parteien in Europa sowie den Aufstieg der AfD. Er warnt vor den möglichen Folgen, sollte die AfD nach den kommenden Landtagswahlen ein Bundesland regieren. Dies sei keinesfalls ein Zeichen „demokratischer Normalität“, sondern ein besorgniserregendes Szenario, da rechtspopulistische Regierungen – wie in Ungarn oder unter Trump in den USA – demokratische Institutionen umbauen und Freiheiten einschränken könnten und auch würden. Gefährlich sei die AfD vor allem, weil sie im Vergleich zu anderen europäischen Rechtspopulisten „besonders radikal und extremistisch“ auftrete. Ein Vergleich der Strategien rechtspopulistischer Parteien in Europa und den USA zeige, dass ihnen die Polarisierung und die Arbeit mit Feindbildern, etwa Migranten oder „liberale Eliten“, gemeinsam sei. Migration sei dabei das zentrale Thema, das rechtspopulistischen Parteien den Zugang zur breiten Wählerschaft ermögliche. Die Vorstellung, Integration sei allein eine Frage des guten Willens, sei naiv. Die hohe Zahl von Migranten in den letzten Jahren habe bei vielen Bürgern den Eindruck einer Überforderung erzeugt. Die AfD nutze dieses Gefühl erfolgreich, obwohl ihre Forderung nach „null Migration“ realitätsfern und rechtlich nicht umsetzbar sei. Gleichzeitig müsse davor gewarnt werden, berechtigte Sorgen reflexhaft als rassistisch zu diskreditieren, denn das verhindere, dass demokratische Parteien rechtsstaatliche Lösungen entwickeln könnten. Eine zentrale Rolle spiele des Weiteren das Feindbild der „liberalen Eliten“ in der rechten Propaganda, wobei man sich hier einer alten Erzählung bediene: „Rechtspopulisten arbeiten mit der Unterstellung, dass abgehobene Eliten aus egoistischen oder ideologischen Motiven eine Politik im Interesse ‚des Volkes‘ verhindern, wobei ‚Volk‘ dann gerne mit den eigenen Gesinnungsgenossen gleichgesetzt wird. Das ist nicht neu, solche Ideen verbreiten populistische Bewegungen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Mit diesem Narrativ wird dann argumentiert, dass alle Mechanismen, die die Macht der Exekutive beschränken und kontrollieren, nur dazu dienen, eine ‚echte‘ Demokratie zu verhindern. Das gilt für die Medien, das Rechtssystem oder das Parlament.“ Viktor Orbán diene dabei als Vorbild, auch für Trump und europäische Rechtsparteien wie die AfD, denn er habe in Ungarn systematisch demokratische Institutionen geschwächt, ohne sie formal abzuschaffen. So bleibe die demokratische Fassade erhalten, während ihre Substanz ausgehöhlt werde, ein Konzept, das als „illiberale Demokratie“ bezeichnet werde. Die Folgen seien gravierend, die Gewaltenteilung werde untergraben, die Opposition geschwächt, und es entstehe ein System, das Korruption und Machtmissbrauch begünstige. Eine „illiberale Demokratie“ werde so zu einer Kleptokratie. Ein weiterer Aspekt, den man im Blick behalten müsse, seien die von Rechtspopulisten gezielt geführten Kulturkämpfe, die der Polarisierung und der Dämonisierung des politischen Gegners dienten, sowie der Prägung der öffentlichen Diskurse und der Erreichung der Meinungshoheit. Die von vielen als Lösung angedachte Koalition mit rechten Parteien, etwa eine Öffnung zur AfD, wäre, blicke man auf die Parteien in Europa, eher kontraproduktiv. Mitte-rechts-Parteien, die sich Rechtspopulisten angenähert hätten, hätten an Zustimmung verloren, etwa Forza Italia, die französischen Republikaner oder die nieder-

²⁰ Peter Laudenbach, „Die Demokratie wird ausgehöhlt, aber die Fassade bleibt intakt“. Fragen an den Politikwissenschaftler Peter R. Neumann, SZ, 26.8.2025.

ländischen Rechtsliberalen. Daher sei es wichtig, die Brandmauer aufrechtzuerhalten. Demokratische Parteien sollten besser ihre Handlungsfähigkeit beweisen, Probleme ernst nehmen und Konflikte moderieren.

Robin Alexander betrachtet in der *Welt*²¹ die Rolle, die Björn Höcke in der AfD einnehme und stellt fest, die Partei habe sich unter seinem Einfluss immer weiter radikalisiert. Höcke stehe für eine konsequent rechtsextreme Linie und lehne die Grundwerte der Bundesrepublik, die seit Adenauer bestimmend gewesen seien, wie etwa die Westbindung, ab. Obwohl Höcke formal nur Landesvorsitzender sei, habe er die Partei maßgeblich geprägt. Die AfD habe sich immer weiter auf ihn zubewegt, während gemäßigte Kräfte ausgeschieden seien. Unter Höcke werde es keine Abgrenzung vom Rechtsextremismus geben, denn er sei ein Überzeugungstäter mit einer stabilen, völkisch-nationalistischen Weltanschauung. Die AfD unterscheide sich von anderen europäischen Rechtsparteien, weil sie sich nicht – wie etwa der *Rassemblement National* in Frankreich oder die *Fratelli d'Italia* in Italien – von rechtsextremen Wurzeln emanzipiert, sondern sich im Gegenteil immer weiter nach rechts entwickelt habe. Dies mache sie zu einem Sonderfall im europäischen Vergleich: „Sie hat eben nicht klein und rechtsextremistisch begonnen und sich im Wachstum in die Mitte bewegt. Im Gegenteil: Als klein, eurokritisch und zumindest in Rufweite der Mitte gestartet, transformierte sich die AfD in ihrem Aufschwung immer weiter nach rechts. Die AfD entwickelte sich dorthin, wo Höcke immer schon war.“

Im *Handelsblatt*²² macht *Sven Prange* darauf aufmerksam, die AfD gewinne zunehmend an Popularität und Einfluss, trotz der bisherigen Versuche der politischen Mitte, sie zu isolieren. Er fordert daher ein Umdenken im Umgang mit der Partei und ihren Anhängern. Es reiche nicht aus, einfach nur Inhalte der AfD, wie etwa in der Migrationspolitik, zu übernehmen und diese „abzuarbeiten“. Die Menschen zögen trotzdem weiterhin das Original vor, was auch daran liegen könne, dass viele sich in einer eigenen Informationsblase bewegten und Fake News hohen Zulauf hätten. Außerdem gebe sich die Partei zunehmend eine professionellere Fassade, radikale Mitglieder würden ausgegrenzt, was die Hemmschwelle für Wähler aus dem bürgerlichen Lager senke. Erschwerend komme hinzu, dass die Parteien der Mitte wenig überzeugendes Personal im Angebot hätten: „SPD und CDU inszenieren Persönlichkeiten, die angeblich der Wunschwählerschaft entsprechen. Weil aber keine inhaltliche Neuausrichtung auf die Bedürfnisse dieser Wähler folgt, durchschauen diese das Manöver und wenden sich erst recht enttäuscht ab. Vertrauen, das so verloren geht, ist nur schwer wiederzugewinnen.“ Wichtig sei daher, im Umgang mit den AfD-Wählern etwas zu ändern und diese ernst zu nehmen, wobei eine über Monate schwelende Verbotsdebatte sicherlich nicht der richtige Weg sei, da diese Diskussion den Streit innerhalb der Mitte allen wieder vor Augen führe.

Die politische Mitte in Deutschland werde von Linken und Liberalen definiert, konstatiert *David Müller* bei *cicero.de*²³. Konservative würden nur geduldet, solange sie sich anpassten und keine eigenen, abweichenden Positionen vertreten würden. Wer als Konservativer widerspreche, werde aus der „demokratischen Mitte“ ausgeschlossen. Die politische Mitte werde als einzig legitimes Entscheidungszentrum inszeniert, was viele Bürger als Bevormundung empfinden würden. Der „moderne Konservative“ sei oft nur ein systemstabilisierendes „Feigenblatt“, das Pluralismus vortäusche, aber keine echte Mitsprache habe. Er werde zum Koalitionspartner, dürfe aber keine grundlegende Kritik äußern. „Bindestrichkomposita“, wie etwa liberal-konservativ oder sozial-liberal, täuschten den Anschein von Vielfalt vor, während tatsächlich ein „enger moralischer Konsens“ herrsche. Wer außerhalb dieses Konsenses argumentiere, gelte als gefährlich. Konservative müssten lernen, ihre Standpunkte offen zu vertreten und diese auch zu verteidigen: „Die Pluralität der Demokratie ist dann verwirklicht, wenn

²¹ Robin Alexander, Adenauer ist sein Feindbild, *Die Welt*, 18.9.2025.

²² Sven Prange, Die AfD macht sich breit, *Handelsblatt*, 9.9.2025.

²³ David Müller, Die linksliberale Erfindung des „modernen Konservativen“, *cicero.de*, 4.9.2025.

die unterschiedlichen Vorstellungen von Parteien und Gruppen eine tatsächliche Unterschiedlichkeit aufweisen – nicht im Klein-klein, sondern gerade in den großen Fragen.“

„Leider kämpft die politische Linke nicht mehr um die Mitte, sondern gegen sie“, konstatiert *Jens Jessen* in der *Zeit*²⁴. Dies habe zur Folge, dass die Mitte zur Beute der Rechten werde, die sich als deren natürliche Vertreter inszenierten. Die von der Linken etablierten Diskursregeln bei Gender, Sprache oder Identität hätten bei vielen das Gefühl der Bevormundung erzeugt: „Wokeness und die damit verknüpften Beschränkungen der öffentlichen Rede sind das größte Geschenk, das die Linke der Rechten -machen konnte.“ Dieses Gefühl werde von rechten Parteien wie der AfD oder den US-Republikanern gezielt genutzt, um sich als Befreier von linken Einschränkungsversuchen darzustellen. Beide Lager – links wie rechts – bekämpften die Mitte, statt sie für sich zu gewinnen. Die Linke sehe sich als moralisch überlegen, grenze dadurch aber potenzielle Bündnispartner aus, während die Rechte sich als Anwalt des „einfachen Bürgers“ gerieren könne. Zudem entstehe der Eindruck, dass die politische Linke versuche, vom politischen Aufwind der Rechten zu profitieren, in dem sie sich als Gegenpol inszeniere und so den Eindruck entstehen lasse, die politische Mitte trete rechten Tendenzen nicht entschieden genug entgegen: „So befeuern sich die politischen Extreme gegenseitig. Das ist ein so altbekannter Mechanismus, dass man sich fast wundert, wie immer nur die Polarisierung beklagt, aber nie das untergründige Zusammenwirken der Pole bemerkt wird. Man wundert sich aber nur fast, denn das verbreitet treuherzige Politikverständnis schließt den Gedanken aus, dass heldenhaftes Eintreten gegen Rassismus und Diskriminierung den Rechten nützen könnte. Erst recht die postmarxistische Linke von heute hat das dialektische Denken verlernt und empfiehlt sich völlig unreflektiert als Heilmittel gegen rechts, ohne das spiegel-symmetrische Verhalten der Rechten wahrzunehmen, die sich als Heilmittel gegen links empfehlen.“ Festzuhalten bleibe, ein glaubwürdiger Kampf gegen rechts erfordere eine neue Offenheit, Selbstkritik und soziale Bodenhaftung: „Etwas mehr Marxismus als Poststrukturalismus, mehr Rosa Luxemburg als Judith Butler wäre ein großer Gewinn – und würde den Rechten die Möglichkeit nehmen, auf dem Klavier der Bevormundungsgängste zu spielen und so zu tun, als seien sie die Anwälte des kleinen Mannes.“

Daniel Ziblatt blickt in *Foreign Affairs*²⁵ auf das Ende der Weimarer Republik und die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes 1933. Daraus könne man Schlussfolgerungen für die heutige Zeit ziehen, denn der Vorgang mahne zur Wachsamkeit gegenüber der schleichenden Erosion der Demokratie. In Ländern wie Ungarn, Indien, der Türkei oder den USA zeige sich, dass demokratische Systeme oft nicht abrupt, sondern durch schrittweise Zugeständnisse und das Schweigen ihrer Verteidiger geschwächt würden. Scheinbar pragmatischen Reaktionen, wie Abwarten, Kompromisse oder Zurückhaltung, stärkten letztlich autokratische Kräfte und erschwerten die Rückkehr zur Demokratie. Die Weimarer Republik lehre, dass Extremismus nicht aus eigener Kraft siege, sondern durch das Mitwirken einflussreicher Akteure, die aus Angst, Ehrgeiz oder Fehleinschätzung handelten: „In the end, however, those who empower an autocrat often surrender not only their democracy but also the very influence they once hoped to preserve.“

In der Debatte: Gesellschaftspolitik

Bernd Stegemann kritisiert im *Cicero*²⁶, dass die Linke sich durch ideologische Verbohrtheit und taktische Fehler selbst schwäche. Ihre einst erfolgreiche Kulturkampfstrategie sei zur Selbst-

²⁴ Jens Jessen, Selbst schuld?, Die Zeit, 28.8.2025.

²⁵ Daniel Ziblatt, Warnings From Weimar, Foreign Affairs, 28.8.2025. [„Letztendlich geben diejenigen, die einem Autokraten Macht verleihen, jedoch oft nicht nur ihre Demokratie auf, sondern auch genau den Einfluss, den sie einst zu bewahren hofften.“]

²⁶ Bernd Stegemann, Die linken Kulturkämpfer werden dumm, Cicero, 29.8.2025.

sabotage geworden und sie helfe der Rechten mehr, als ihr zu schaden. Linke Kulturkämpfer nutzten moralische Überlegenheit und mit „Doppeldenk [...] eine robuste Blindheit, die strategisch eingesetzt wird, damit alles, was dem eigenen Weltbild widerspricht, ignoriert“ werde“. Die politische Linke habe sich durch ideologische Verbohrtheit und moralische Einschüchterung lange Zeit Deutungshoheit verschafft. Doch diese Strategie verliere an Wirkung und schlage nun ins Gegenteil um. Konservative profitierten zunehmend davon, dass sie sich nicht einschüchtern ließen und die Methoden der Linken durchschauten. Diese linke Blindheit gegenüber Argumenten und der Realität führe nicht mehr nur zu taktischen Fehlern, sondern zu einer regelrechten „Verdummung“. Aktionen wie die Störung des ARD-Interviews mit Alice Weidel durch das Zentrum für Politische Schönheit wirkten kontraproduktiv, denn solche Proteste stärkten die AfD, weil sie deren Narrativ bedienten.

In der *Süddeutschen Zeitung*²⁷ macht sich *Claudius Seidl* Gedanken über die Anwendung des Begriffs „Kulturkampf“. Die deutsche Gesellschaft sei mittlerweile tief gespalten und diese Spaltung habe sich zu einem offenen Kulturkampf ausgewachsen. Zwei Lager stünden sich unversöhnlich gegenüber, ohne Interesse an Dialog oder Verständigung. Es gehe nicht mehr um Argumente, sondern um Identität, Existenz und Deutungshoheit. In historischem Kontext erinnere der Begriff Kulturkampf an Bismarcks Konflikt mit der katholischen Kirche, doch heute gehe es weniger um Religion – mit Ausnahme des Islam – als um gesellschaftliche Selbstbilder. Moderne Kulturkämpfe drehten sich um Themen wie Migration, Geschlecht, Sprache oder Klima: „Es geht um Kultur, weil die Bestimmung der eigenen Position letztlich auf die Frage hinausläuft, welche Geschichten wir uns über uns selbst erzählen. Welche Rolle wir in diesen Geschichten spielen. Wer wir also sind, und wer wir sein wollen.“ Konservative Akteure sähen sich als Befreier von einer sogenannten woken „Meinungsübermacht“, die ihnen vorschreiben wolle, wie sie zu leben und zu denken hätten. Dabei werde die Kultur zur Bühne für existenzielle Fragen. Der Streit um diese Erzählungen präge zunehmend die politische und gesellschaftliche Landschaft. Der Kulturkampf in Deutschland werde zunehmend von beiden Seiten mit Härte geführt, auch von linken Akteuren in Universitäten, sozialen Netzwerken und politischen Milieus. Zwar stammten viele umstrittene Gesetze aus demokratisch legitimierten Mehrheiten, doch die Polarisierung bleibe bestehen. Verschwörungstheorien über eine angebliche Unterwanderung des Verfassungsgerichts durch die SPD zeigten, wie tief das Misstrauen reiche, selbst bei etablierten Stimmen. Die Grünen kämpften mit den Folgen ihrer strategischen Öffnung unter Robert Habeck, während rechte Kulturkämpfer eine Erzählung von Identität und Abgrenzung pflegten: deutsch, weiß, unter sich. Diese Haltung ignoriere jedoch die Realität, etwa in Pflege und Medizin, wo ohne Migration vieles nicht mehr funktioniere. Die AfD nutze, mangels anderer Angebote, den Kulturkampf als zentrales politisches Instrument. Aus all diesen Gründen sollte man die lebensbestimmenden Themen nicht ideologischen Grabenkämpfen überlassen, denn diese erforderten konstruktive Debatten: „Die großen, wichtigen Fragen, das lehrt nicht nur das Nachdenken übers Lebensrecht und die Menschenwürde der Ungeborenen, sind viel zu kompliziert, als dass sich im Modus des Kulturkampfes brauchbare Antworten finden ließen. Man muss da zuhören, abwägen, man braucht Arbeitshypothesen und keine starken Meinungen. Man sollte die Kulturkämpfe also verweigern. Je länger sie dauern, desto dümmer werden alle Kämpfer davon.“

Ijoma Mangold vertritt in der *Zeit*²⁸ die Ansicht, dass alles, worüber heute debattiert werde, gleich zum Kulturkampf hochstilisiert werde. Der Begriff werde inflationär und oft auch abwertend verwandt und diene als rhetorische Waffe, um der Gegenseite emotionale statt sachliche Politik zu unterstellen. Dabei bedienten sich alle politischen Milieus dieser Waffe: „Das Interessante ist, dass die Kulturkampf-Keule sich sowohl im links-progressiven wie im liberal-konservativen Milieu großer Beliebtheit erfreut, aber unbedingt auch in der selbsterklärten

²⁷ Claudius Seidl, Deutschland den Dummen, SZ, 6.9.2025.

²⁸ Ijoma Mangold, Wer die Keule schwingt, Die Zeit, 14.8.2025.

Mitte, wo man sich von den Zeitläuften zwar auch ziemlich gerupft fühlt, aber an einer Gewissheit nach wie vor festhält: dass man sich den politischen Herausforderungen rational und nicht mit weltanschaulichen Leidenschaften nähert.“ Historisch stamme der Begriff aus Bismarcks Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche, doch heute gehe es um säkulare Grundsatzfragen, wie Lebensentwürfe. Auch in einer säkularisierten Gesellschaft bestünden emotionale Bindungen an übergeordnete Wertvorstellungen, etwa beim Menschenbild oder bei Fragen wie Geschlechtsidentität. In der Debatte falle eine gewisse „Asymmetrie“ auf. Während progressive Maßnahmen früher als Fortschritt galten, würden sie heute zunehmend als Teil eines Kulturkampfes wahrgenommen, ebenso wie die konservative Gegenbewegung, die versuche, verlorenes Terrain zurückzuerobieren. Beide Seiten betrieben also Kulturkampf, auch wenn sie ihn unterschiedlich benennen würden. Wichtig sei es, die kulturellen und gesellschaftspolitischen Konflikte nicht zu tabuisieren, sondern offen in der politischen Arena auszutragen. Denn Streit und Meinungsverschiedenheit seien essenziell für eine pluralistische Demokratie: „Es muss darüber gestritten werden. Schon weil die pluralistische Demokratie den Streit und die Entzweigung braucht, um die Gesamtheit der Wähler zu repräsentieren. Denn in Wahrheit haben wir eben alle ein kulturkämpferisches Gen in uns. Es kostet übermenschliche Anstrengungen, seine Mitwelt nicht erziehen zu wollen – das gilt für progressive Gesellschaftsprojekte genauso wie für die konservative Reconquista-Agenda. Also auf in den Kulturkampf – nur so lernen wir uns – gegenseitig kennen!“

Der Zukunftsforscher *Matthias Horx* setzt sich im *Tagesspiegel*²⁹ mit dem gefühlten Verlust der bisher gekannten Normalität auseinander. Das „alte Normal“, also eine Zeit vor 9/11, Internet-Überforderung, neuen Kriegen, Trump, Putin, Corona und der KI-Revolution, denn damals habe ein Gefühl von Stabilität und Fortschrittsglauben geherrscht. Die Moderne sei geprägt gewesen vom Vertrauen in Vernunft, Wissenschaft, Technik und Demokratie. Besonders die Babyboomer-Generation habe diese Epoche als eine Zeit des stetigen Aufbaus und Wohlstands erlebt, die Zukunft sei planbar, sauber und verheißungsvoll erschienen. Heute wirke dieses Weltbild überholt, die einstige Zuversicht sei einer tiefen Verunsicherung gewichen. Neben dem Fortschrittsglauben der Moderne habe sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine kritische Gegenkultur entwickelt, die Postmoderne. Sie habe die Schattenseiten des Fortschritts – Umweltzerstörung, Machtinteressen, Ausbeutung – thematisiert und nach Autonomie, Identität und Sinn gesucht. Während die Moderne auf Vereinheitlichung und Effizienz setze, strebe die Postmoderne nach Vielfalt, Authentizität und kritischem Denken. Diese Reibung habe zu gesellschaftlichen Veränderungen, mehr ökologischer Verantwortung, Gleichberechtigung, neue Unternehmensethiken geführt: „Es bildeten sich neue Synthesen, Mischungen aus modernen und postmodernen Welthaltungen. Eine Art Metamodernismus kündigte sich an.“ Mit der „Ökomoderne“ zum Beginn des Millenniums sei ein neuer Grundkonsens entstanden, der allerdings zerbrochen sei, zusammen mit der Hoffnung, dass die Welt automatisch besser werde. Um aus dieser aktuellen Stimmung von Angst und Negativität herauszufinden, brauche es einen neuen, aktiven Zugang zur Zukunft. Das beginne mit einem inneren Wandel: „Wir kleben immer noch am alten Normal. Wir fragen uns ständig, wann das, was wir gewohnt waren, endlich wiederkehren wird. In diesem Sinne sind wir ganz konservativ, ja geradezu nostalgisch. Wir müssen doch recht gehabt haben. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, ist entschlossenes Enttäuschungs-Management nötig. Ent-Täuschung, heißt, dass wir die Illusionen loslassen, die uns an die Welt ketten, wie sie früher scheinbar war.“ Stattdessen gelte es, die zyklische Natur der Welt zu akzeptieren, ihren mit Höhen und Tiefen, Wiederholungen und Wendepunkten: „Üben wir also für die nächste Zukunft: das Kleine im Großen schätzen. Das Bedrohliche anerkennen, aber ihm nicht dienen. Leichter wer-

²⁹ Matthias Horx, Die Welt ist aus den Fugen, *Der Tagesspiegel*, 1.9.2025.

den. Durchlässiger. Das Gelingende wahrnehmen und verstärken. Ausweichen, wo es notwendig ist. Kämpfen, wo es Sinn ergibt. Die Widersprüche umarmen. Und dabei im Lächeln bleiben.“

Für mehr Zuversicht und Vernunft im Umgang mit Krisen plädiert *Carsten Lotz* in der *WirtschaftsWoche*³⁰ und warnt gleichzeitig vor der lähmenden Wirkung moderner Weltuntergangsfantasien. Apokalyptische Szenarien boomten, in Deutschland und darüber hinaus seien Weltuntergangsängste allgegenwärtig, etwa durch KI, Krieg, Pandemie oder die Krise der Demokratie. Experten warnten vor Katastrophen, deren Eintreten, Zeitpunkt und Folgen niemand wirklich kenne. Solche Ängste seien nichts Neues. Schon in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten habe es immer wieder Weltuntergangsprophezeiungen gegeben, vom Atomkrieg über die Ölkrise bis zur Jahr-2000-Panik. Die meisten dieser Krisen seien durch nüchternes Handeln bewältigt worden. Die Erwartung eines radikalen Umbruchs sei ein altes Motiv, das sich durch die Geschichte ziehe: „Das Zukünftige lässt sich nicht analytisch aus dem Bisherigen herleiten. Das macht die Apokalyptik gegenüber rationaler Kritik so immun. Das griechische Wort apokalypsis bedeutet Enthüllung; Enthüllung eines Wissens, das der Vernunft durch Nachdenken und Forschen nicht zugänglich ist. Das Argument, die Welt sei bislang noch nie untergegangen, lächelt sie weg: Dieses Mal könnte es anders kommen.“ Moderne Weltuntergangsprognosen entzögen sich rationaler Überprüfbarkeit, sie beruhten auf Annahmen, die sich nicht aus der Vergangenheit ableiten ließen und seien damit immun gegen Kritik. Die ständige Beschäftigung mit apokalyptischen Szenarien lähme die Gesellschaft, führe zu Resignation oder Wut und verhindere vernünftiges, reflektiertes Handeln und stelle somit eine Gefahr dar. Gefordert sei daher ein Appell an die Vernunft sowie analytisches Denken: „Wir müssen uns in der Unübersichtlichkeit der Gegenwart einen Weg in die Zukunft bahnen, anstatt das Kommende als Apokalypse zu erwarten, als fernes Heil zu ersehnen – oder am Ideal einer imaginierten Vergangenheit festzuhalten.“

Jannis Koltermann richtet in der *FAZ*³¹ sein Augenmerk auf die aktuelle Debatte in der Geschichtswissenschaft über die politische Positionierung der Disziplin insbesondere im Vorfeld des Historikertags in Bonn und weist auf zwei gegensätzliche Positionen hin. Während *Jens-Christian Wagner* eine politisch engagierte Geschichtswissenschaft, insbesondere im Kampf gegen Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus einfordere, warne *Andreas Rödder* vor einer einseitigen Politisierung und plädiere für größtmögliche Neutralität innerhalb der Wissenschaft. Die Geschichtswissenschaft sei jahrzehntelang konservativ geprägt gewesen, seit den 1960er Jahren seien auch linksliberale Ansätze in Erscheinung getreten. Der Historikerstreit der 1980er Jahre habe die zwischen den konservativen und progressiven Lagern herrschende Spaltung zutage treten lassen, die sich weiter vertieft habe und es sei der Eindruck entstanden, „mit dem Einsatz ‚gegen rechts‘ geht nicht selten, bewusst oder unbewusst, ein Einsatz für links einher“. Angesichts der Auseinandersetzungen könne man das Fazit ziehen: Der Geschichtswissenschaft würde eine weltanschauliche Vielfalt guttun und eine offene Debatte zwischen unterschiedlichen methodischen und politischen Ansätzen sei zudem ein gutes Mittel, um die „überparteiliche Glaubwürdigkeit“ des Fachs zu stärken: „Auch eine konservativere Klio kann Demokratin sein.“

Rezensionen

Das Buch **Welten im Aufbruch** von **Raimund Schulz** sei „ein starkes Plädoyer dafür, die Geschichte der Antike nicht auf die Geschichte Griechenlands und Roms zu verengen, sondern

³⁰ Carsten Lotz, Die Lust am Weltuntergang, *WirtschaftsWoche*, 29.8.2025.

³¹ Jannis Koltermann, Wird Klio jetzt konservativ?, *FAZ*, 29.8.2025.

als Globalgeschichte zu erzählen“ konstatiert *Clemens Klünemann* in der *Neuen Zürcher Zeitung*³² und weist darauf hin, der Autor beziehe neben der Darstellung des politischen Geschehens auch die Wirtschafts- und Sozialgeschichte ein.

Bei *Law&Liberty*³³ befasst sich *Michael C. Hawley* mit **Lawless Republic: The Rise of Cicero and the Decline of Rome** von **Josiah Osgood**, der sich darin mit den letzten Jahrzehnten der Römischen Republik befasst und versuche zu ergründen, warum die republikanische Ordnung zusammengebrochen sei: „Osgood’s book is timely and very persuasively illustrates the way violations of political norms and principles of justice form a vicious cycle. [...] The book stands as a warning against that kind of tit-for-tat politics, and the tu quoque reasoning that so often justifies it.“

In seinem Buch **Die Hunnen. Geschichte der geheimnisvollen Reiterkrieger**, das „durch intellektuelle Tiefe und narrative Klarheit“ überzeuge – so *Stefan Rebenich* in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁴ – begeben sich **Mischa Meier** auf die Suche nach Spuren des antiken Reitervolks, dessen Bild bis heute von Stereotypen geprägt werde.

In der *Welt am Sonntag*³⁵ geht *Dirk Schümer* der Frage nach, warum **Wie konnte das geschehen? Deutschland 1933–1945**, das „Opus Magnum“ von **Götz Aly**, „eines der besten Bücher zur kurzen, aber komplexen Epoche des Nationalsozialismus geworden“ sei und konstatiert, der Autor habe „das Wie der deutschen Barbarei gültig beschrieben. Das Warum muss auch er schuldig bleiben. Vielleicht sollte man nach der Lektüre dieses Meisterwerks weitere Klärung suchen – in der Literatur. Heinrich Manns Sozialroman ‚Der Untertan‘, der lange vor 1933 verfasst wurde, erklärt womöglich mehr über das Funktionieren des Hitlerstaates als die Geschichtsschreibung.“

In der *FAZ*³⁶ betrachtet *Eckart Conze* das von **Benjamin Hasselhorn** unter dem Titel **Die Bedeutung des Kronprinzen Wilhelm. Beiträge zur Nachgeschichte der Hohenzollern-Monarchie** edierte, zwischen 1945 und 1947 im Hausarrest entstandenen Memoirenmanuskript des Kaisersohns und urteilt: „Der in jeder Hinsicht dünne Text ist in der Reihe ‚Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte‘ erschienen, herausgegeben von Hasselhorns Historiker-Kollegen Hans-Christof Kraus und Frank-Lothar Kroll, die bereits 2021 zusammen mit ihm in einem Band über die ‚Hohenzollern-Debatte‘ publiziert und auch dort mit scharfen Urteilen über eine angeblich politisierte Geschichtswissenschaft und – im Falle Krolls – mit persönlichen Invektiven gegen Vertreter hohenzollernkritischer Positionen aufgewartet hatten.“

Knut von Harbou befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*³⁷ mit **Eichmanns Anwalt. Robert Servatius als Verteidiger in NS-Strafverfahren** von **Dirk Stolper**, der in seiner Biografie des Strafverteidigers den Eindruck vermittele, dieser sei „im Grunde ein ganz gewöhnliches Produkt seiner Zeit gewesen“ und er konstatiert: „Dem ist zuzustimmen, der Gewinn der Lektüre liegt im erneuten Einblick in die heute kaum mehr präsenten brisanten Prozesshintergründe. Doch Dirk Stolper belässt es bei einer erstaunlichen Zurückhaltung in der Wertung, die indes nicht weiterführend ist.“

Thomas Jansen macht in der *FAZ*³⁸ auf den 1946 von der jüdischen SPD-Politikerin und Holocaust-Überlebenden **Jeanette Wolff** verfassten Bericht **Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten** aufmerksam, der nun in einem

³² Clemens Klünemann, Antike war nicht nur am Mittelmeer, NZZ, 13.8.2025.

³³ Michael C. Hawley, The Rule of Law and the Fate of Rome, Law&Liberty, 13.8.2025.

³⁴ Stefan Rebenich, Ihr Name weckte bei den Römern Furcht und Schrecken, NZZ, 26.8.2025.

³⁵ Dirk Schümer, Das deutsche Verbrechen, Welt am Sonntag, 7.9.2025.

³⁶ Eckart Conze, Ein Versuch in Selbstmarginalisierung, FAZ, 9.8.2025.

³⁷ Knut von Harbou, Der Lobbyist der NS-Verbrecher, SZ, 11.8.2025.

³⁸ Thomas Jansen, Die vergessene Abgeordnete, FAZ, 2.9.2025.

Nachdruck vom Deutschen Bundestag und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas herausgegeben wurde.

In seinem Buch **Israel und wir. Geschichte einer besonderen Beziehung**, das *Thomas Speckmann* in der *FAZ*³⁹ vorstellt, zeichne **Werner Sonne** die Geschichte der deutsch-israelischen Rüstungsk Kooperationen nach und zeige dabei auch auf, „wie stark dieser militärische Überlebenskampf von Beginn an auch die Beziehungen zwischen Israel und der ein Jahr später gegründeten Bundesrepublik“ geprägt habe.

„Der Sozialpsychologe **Oliver König** zeigt in der ersten umfassenden Studie zur Geschichte der Gruppendynamik in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, wie schnell die Bemühungen der US-amerikanischen Besatzungskräfte zur ‚Re-Education‘ der deutschen Bevölkerung scheiterten, diese aber aufgrund des Austausches zwischen US-amerikanischen und deutschen Wissenschaftlern gleichzeitig den Nährboden für die Entstehung einer gruppendynamischen Bewegung in der Bundesrepublik legten“, merkt *Stefan Kühl* in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁰ zur Studie **Experimente in Demokratie. Re-Education, angewandte Sozialpsychologie und Gruppendynamik in der frühen Bundesrepublik** an.

Jasper von Altenbockum stellt in der *FAZ*⁴¹ zwei Bücher vor, die die Kommunalpolitik in Deutschland und deren Wehrhaftigkeit gegen Radikalisierungstendenzen in den Blick nehmen: **Wehrhafte(re) Kommunen. Rechtliche Resilienz in herausfordernden Zeiten** von **Klaus Ritgen** sowie **Kommunalpolitik verstehen. Wie Kommunalpolitik in den deutschen Ländern funktioniert** von **Siegfried Frech** und **Andreas Kost**.

Wolfgang Münchau begeben sich in **Kaputt. Das Ende des deutschen Wirtschaftswunders** auf Ursachensuche für den Niedergang des deutschen Wirtschaftsstandorts, so *Florian Keisinger* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴² und merkt an: „Rezepte für eine mögliche Kur bekommt man bei ihm allenfalls implizit mitgeliefert, man muss sie selbst schlussfolgern. Das ist schade. Kritisieren ist bekanntlich leichter, als darzulegen, wie es besser gehen würde.“

In seiner faszinierenden und wissenschaftlich fundierten Studie **The Maginot Line: A New History** zeige **Kevin Passmore** auf, warum die Maginot Linie, Frankreichs ausgedehntes Verteidigungsnetzwerk, die größte militärische Torheit der Neuzeit gewesen sei, schreibt *Allan Mallinson* im *Spectator*⁴³.

„**Richard Vinen’s** study of two very different but similarly stubborn national figureheads is intriguing, deeply researched and very well-timed“ urteilt *Philip Stephens* in der *Financial Times*⁴⁴ über die Studie **The Last Titans: Churchill and de Gaulle**, die das Verhältnis der beiden sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten Winston Churchill und Charles de Gaulle in den Blick nehme.

in seiner Studie **Henry Kissinger: An Intimate Portrait of the Master of Realpolitik** zeige **Jérémie Gallon**, ein vormaliger EU-Diplomat, viele Facetten des Politikers auf, die auch schon anderweitig behandelt worden seien, merkt *Brendan Simms* im *Wall Street Journal*⁴⁵ an. Der Teil des Buches, der der Rolle Europas gewidmet sei, sei zwar tiefgründiger, aber auch problematischer: „Mr. Gallon’s ambition to see the EU play a bigger role in the world is laudable, but his invocation of Kissinger rests on a misunderstanding. His hero wasn’t a builder but an operator. The Bismarck he admired was more the diplomatic juggler in Europe than the

³⁹ Thomas Speckmann, Wenn die Staatsräson schwimmt, *FAZ*, 2.9.2025.

⁴⁰ Stefan Kühl, Deutsche vom Faschismus heilen, *SZ*, 11.8.2025.

⁴¹ Jasper von Altenbockum, Die Helden der Demokratie, *FAZ*, 9.9.2025.

⁴² Florian Keisinger, Vom Niedergang der deutschen Industrie, *NZZ*, 21.8.2025.

⁴³ Allan Mallinson, The greatest military folly of modern times, *The Spectator*, 23.8.2025.

⁴⁴ Philip Stephens, The Last Titans: Churchill and de Gaulle – the best of enemies, *Financial Times*, 27.8.2025.

⁴⁵ Brendan Simms, ‘Henry Kissinger’ Review: His Own World Order, *The Wall Street Journal*, 27.8.2025.

unifier of Germany. Unlike an earlier generation of American diplomats, who actively sought a full Anglo-American style political union in Europe, Kissinger stressed the importance of the nation-states over supranational union. This is why he was such a fan of the French leader Charles de Gaulle, who did more than most to wreck attempts to create a fully integrated politico-military union, preferring to exalt French grandeur instead.“

„Ein Buch mit dem schlichten Titel ‚2024‘ trägt uns jetzt Woche für Woche noch einmal durch jenes Jahr, in dem die Demokraten alles verloren und Trump wieder an die Macht kam. Wir erleben die Momente wieder, die eigentlich unvergesslich sein sollten, aber schon wieder halb aus dem kollektiven Gedächtnis geglitten sind“ schreibt *Hannes Stein* der *Welt*⁴⁶ über **2024. How Trump Retook the White House and the Democrats Lost America** von **Josh Dawsey, Tyler Pager** und **Isaac Arnsdorf**.

In der *Welt*⁴⁷ stellt *Leander Scholz* die von **Heinrich Meier** verfasste Biografie **Leo Strauss. Zur Sache der Politischen Philosophie** vor, deren Lektüre auch zu einem besseren Verständnis der amerikanischen Politik führen könne, da das Denken des Philosophen, der aus Deutschland in die USA emigrieren musste, großen Einfluss auf viele konservative amerikanische Politiker gehabt habe.

Joachim Käppner weist in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁸ auf die unter dem Titel **Warum es so gekommen ist** erschienenen Erinnerungen des Historikers **Heinrich August Winkler** hin, in der dieser sich als „Verfechter der Freiheit“ zeige und sowohl Selbstkritik als auch Kritik an seiner Partei, der SPD, übe.

In der *Welt*⁴⁹ stellt *Marko Martin* zwei Bände vor, die versuchten, die Ursachen für den Israel-Hass vieler Intellektueller zu ergründen: **Schuldhafte Unwissenheit Essays wider Zeitgeist und Judenhass** von **Karl-Markus Gauß** sowie **Der 8. Oktober** von **Eva Illouz**.

„Neben vielen anderen Verdiensten sensibilisiert dieser Band für solche strukturellen Kontinuitäten, zugleich aber reduziert er die Geschichte der Ukraine nicht auf das russisch-ukrainische Verhältnis. Auch den vielfältigen Beziehungen zu Deutschland ist etwa ein Kapitel gewidmet. Besonders an diesem Buch ist, dass Leser mit ganz unterschiedlichen Hintergründen von der Lektüre profitieren werden: vom interessierten Laienpublikum, über Studienanfänger der Geschichtswissenschaft oder Politologie bis hin zu etablierten Osteuropa-Fachleuten“ lautet das Urteil von *Franziska Davies* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁰ über den Band **Ukraine-Studien. Einführung** von **Andrii Portnov**.

Die von **Stefan Luft, Jan Opielka** und **Jürgen Wendler** veröffentlichte und mit einem Vorwort von **Günter Verheugen** versehene Darstellung **Mit Russland. Für einen Politikwechsel** lese sich – so *Simon Zeise* in der *Berliner Zeitung*⁵¹ – wie „eine Gegengeschichte zur Deutung des Ukrainekrieges der Bundesregierung“.

„Moody versteht sehr gut, Informationen zu filtern, verlässt sich aber zu oft auf offizielle Apparate. Erfreulich wäre eine tiefere Einsicht in die jeweilige innenpolitische Situation der Länder gewesen. Doch das erfordert genauere Sprachkenntnis und längere Aufenthalte vor Ort“ lautet die Einschätzung von *Jüri Reinvere* in der *FAZ*⁵² über **Konfliktzone Ostsee. Die Zukunft Europas** von **Oliver Moody**, der sich darin mit den Besonderheiten der Ostsee-Anrainerstaaten auseinandersetzt.

⁴⁶ Hannes Stein, Wie Amerika verloren ging, *Die Welt*, 27.8.2025.

⁴⁷ Leander Scholz, Seinen Lehren folgen Amerikas Strategen noch immer. *Die Welt*, 26.8.2025.

⁴⁸ Joachim Käppner, Ein Forscherleben im Dienst der Demokratie, *SZ*, 18.9.2025.

⁴⁹ Marko Martin, Wenn theorieverliebter Unfug zur Kollaboration mit den Tätern wird, *Die Welt*, 18.9.2025.

⁵⁰ Franziska Davies, Die Vielfalt ukrainischer Geschichte, *SZ*, 1.9.2025.

⁵¹ Simon Zeise, Nur mit Russland, *Berliner Zeitung*, 27.8.2025.

⁵² Jüri Reinvere, Wo man sich mit Geschick als nationale Marke präsentiert, *FAZ*, 4.9.2025.

Sanjay Ruparelia befasst sich in der *Financial Times*⁵³ mit der Studie **Indira Gandhi and the Years that Transformed India** von **Srinath Raghavan** und stellt fest, man könne aus dieser „masterful study“ auch aktuelle politische Lehren für die Zukunft des Landes ableiten.

Max Skjönsberg befasst sich bei *Law&Liberty*⁵⁴ mit **The West: The History of an Idea** von **Georgios Varouxakis**, der darin die moderne Idee des „Westens“ als gesellschaftspolitisches – und nicht geografisches – Konzept und als Bezeichnung für eine politische Vereinigung, die auf kultureller Gemeinsamkeit beruhe, untersuche: „The West is a monumental achievement of scholarship. Its chief contribution is its decentering of imperial and racial paradigms, which have become politicized and turned into stale orthodoxies that have led to distortions in historical understanding. [...] It is Varouxakis's great accomplishment to have shown that its origins were much more complicated, and more interesting. And more relevant, because ‚the West‘ is not going anywhere soon.“

In der *FAZ*⁵⁵ weist *Friedrich Wilhelm Graf* auf den von **Sebastian Böhm, Thomas Sören Hoffmann** und **Klaus Honrath** – „leider mit erheblichen philologischen Mängeln und Fehlern im edierten Text“ – herausgegebenen Band **Thomas Nipperdey. Positivität und Christentum in Hegels Jugendschriften** hin, bei dem es sich um die 1953 entstandene Dissertation Nipperdeys, die bislang ungedruckt geblieben sei, handele.

Im *Cicero*⁵⁶ weist *Eckhard Jesse* auf die in gekürzter Form unter dem Titel **Geschichtsmythen** erschienene Habilitationsschrift von **Benjamin Hasselhorn** hin und konstatiert: „Das für eine Habilitationsschrift erfreulich klar geschriebene Buch, das wichtige Erkenntnisse (zu) oft wiederholt und dem Vergleich mit Herfried Münklers Werk über deutsche Mythen standhält, hebt die bisherige Forschung dialektisch in dreifachem Sinne auf [...].“

Bei *Law&Liberty*⁵⁷ betrachtet *Adam Tomkins* **What Is Free Speech? The History of a Dangerous Idea** von **Fara Dabhoiwala** und merkt an, dass es dem Autor nur teilweise gelinge, seine Konzeption und Fragestellung, was freie Meinungsäußerung tatsächlich sei, umzusetzen: „What Dabhoiwala gets right is his framing: the way he sets up the problem is excellent, and the book's introduction and opening two chapters are its strongest sections.“

Florian Meinel stellt in der *FAZ*⁵⁸ den von **Niklas Angebauer, Jacob Blumenfeld** und **Tilo Wesche** herausgegebenen „höchst lesenswerte[n]“ Sammelband **Umkämpftes Eigentum. Eine gesellschaftstheoretische Debatte** des an den Universitäten Jena und Erfurt angesiedelten Sonderforschungsbereichs „Strukturwandel des Eigentums“ vor und merkt an: „Wer auf hohem theoretischen Niveau über die politisch-ökonomische Transformation der Gegenwart nachdenken will, findet in ihm scharfsinnige Gesprächspartner und faszinierendes Material.“

Im *Tagesspiegel*⁵⁹ befasst sich *Wolfgang Schneider* mit der Darstellung **Gefährliche Rivalitäten. Wirtschaftskriege – von den Anfängen der Globalisierung bis zu Trumps Deal-Politik** von **Werner Plumpe**, der darin die „wiederkehrenden Muster“ hinter diversen Wirtschaftskriegen analysiere: „Der Erfolg ist meist gering, sofern er nicht bloß in der Illusion besteht, man besäße Handlungsfähigkeit. Auch das ist eine bittere Einsicht dieses erhellenden Buches.“

⁵³ Sanjay Ruparelia, Indira Gandhi and the Years that Transformed India — democracy vs authoritarianism, *Financial Times*, 22.8.2025.

⁵⁴ Max Skjönsberg, The Origins of the West, *Law&Liberty*, 25.9.2025.

⁵⁵ Friedrich Wilhelm Graf, Der Anfang des neuen Geistes, *FAZ*, 13.8.2025.

⁵⁶ Eckhard Jesse, Unausrottbare Erzählungen, *Cicero*, 29.8.2025.

⁵⁷ Adam Tomkins, In Pursuit of True Speech, *Law&Liberty*, 5.8.2025.

⁵⁸ Florian Meinel, Wo viele Interessen ins Spiel kommen, *FAZ*, 21.8.2025.

⁵⁹ Wolfgang Schneider, Freier Handel nützt allen, *Der Tagesspiegel*, 9.9.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)